

3522/J XXI.GP

Eingelangt am: 27.02.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Dieter Brosz, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur
betreffend Besetzung von BezirksschulinspektorInnenposten in Oberösterreich

Die Objektivierung von Postenbesetzungen im öffentlichen Dienst gilt als Ziel dieser Bundesregierung. In der Praxis sowohl in den Ministerien als auch in den einzelnen Bundesländern erfolgt dies in vielen Fällen nicht, In Oö ist in zwei konkreten Fällen keine objektive Vorgangsweise gewählt worden . Die Beantwortung meiner Anfrage 2601/J erfolgte auf höchst unbefriedigende Weise und widerspricht dem Interpellationsrecht der Abgeordneten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Aufgrund der Ausschreibung des Landeschulrates für Oberösterreich hinsichtlich der Planstelle eines/r BezirksschulinspektorIn für den Schulbezirk Urfahr - Umgebung bewarb sich Frau E.S. für diese Planstelle. Ist es richtig, dass Frau E.S. im Assessment sehr gut abschnitt und damit als bestqualifiziert galt?
2. Wie behandelte die darauf folgende Kollegiumssitzung diesen Sachverhalt und die damit implizit enthaltene Empfehlung die Bewerberin als Bezirksschulinspektorin zu installieren?
3. Aus welchen Gründen wurde Frau E.S. nicht zur Bezirksschulinspektorin

bestellt?

4. Aus welchen Gründen wurde Frau H.B., obwohl sie im Assessment für die Besetzung der Bezirksinspektionsstelle Linz -Land bestqualifiziert abschnitt, nicht entsprechend mit der Aufgabe durch das Kollegium betraut, sondern ein männlicher Bewerber vorgezogen?
5. Wann wurde das Ministerium von den jeweiligen Ernennungsvorschlägen informiert und damit befasst? Welche Stellungnahme gab daraufhin das Ministerium jeweils im Wortlaut ab?
6. Welche konkreten Entwicklungen erfolgten seitdem? Wurde jeweils das Kollegium neuerlich befasst? Wurden Stellungnahmen abgegeben? Wurde das Ministerium neuerlich befasst? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen, Initiativen und Konsequenzen?
7. Wie lautet der aktuelle Stand in beiden Angelegenheiten?
8. Im Bezirks Braunau wurde im Herbst 2000 die Stelle eines/r BezirksschulinspektorIn ausgeschrieben. Unter anderem hat sich dafür Frau G. N. beworben. Auch sie hat mit sehr gutem Ergebnis beim Assessment - Center abgeschnitten. Am 19.12.2000 verfasste Frau G. N. ein Schreiben an den Oö. Landesschulratspräsidenten, in dem sie davon berichtet hat, dass ihr seitens ihrer damaligen Gesinnungsgemeinschaft (SLÖ) dringend von einer Bewerbung abgeraten wurde, mit der Begründung, dass es in Oberösterreich ein Regierungsabkommen zwischen ÖVP und SPÖ über die fraktionelle Postenvergabe bis 2003 geben würde. Man habe ihr mitgeteilt, dass sie deshalb auch bei bester Qualifikation nur an vierte Stelle gereiht werden könne. Wurde das Ministerium mit diesem Fall befasst? Wenn ja, wann, von wem und in welcher Form?
9. Welche konkreten Initiativen wurden deshalb seitens des Ministeriums ergriffen?
10. Welche Schritte unternehmen Sie, dass von der fraktionelle Postenvergabe in den einzelnen Bundesländern endgültig Abstand genommen wird?